

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Natürlich steht jetzt der Endspurt zum Bürgerbegehren gegen den Bau der Rampenanbindung zur B 91 an erster Stelle der allgemein interessierenden Themen. Als patriotisch gesinnte Bürger, dieser unserer Heimatstadt, dürfen und müssen wir geradezu den weiteren Verfall stoppen. Ein vom Lobbyismus zu Gunsten eines großen Konzernbetriebes geprägter bzw. eingenommener Oberbürgermeister und leider auch ein großteils willfähriger, gleichgültiger Stadtrat will Haushaltsmittel, d. h. unser Geld, für eine Infrastrukturmaßnahme (Rampenanbindung) einsetzen, die fast ausschließlich der Schlachtfabrik Tönnies zu Gute kommt. Für eine Straße, die im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegt und deren bauliche Erweiterungen auch vom Bund zu finanzieren ist. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es die Stadt (bewusst?) versäumt hat von Fa. Tönnies dafür Erschließungskosten zu verlangen. Die veranschlagten 2,5 – 4 Mill. € hätten sicher bessere Verwendung für vom Verfall geprägte Gebiete, wie die WSF`er Neustadt und Straßen in WSF - West, Klemmbergviertel sowie in vielen Ortsteilen. So die kurze Rückschau auf den Grund für unsere, insbesondere ihre Anstrengungen, dass Bürgerbegehren zum Erfolg zu führen.

Wir haben es schon von den Vorrednern gehört, es gibt doch erhebliche Probleme um die Hürde mit der geforderten Unterschriftenzahl zu meistern. Nicht umsonst sollen nun auch im rückständigsten Bundesland, Sachsen Anhalt, mit in Kraft treten des neuen Kommunalverfassungsgesetzes die Hürden etwas niedriger gehalten werden (wie bereits in den übrigen Bundesländern). Für Weißenfels wären es dann 2000 Unterschriften und ¼ Jahr Zeit von Beginn bis Ende der Unterschriftenaktion. Aber wir sind noch nicht am Ende und haben noch bis zum 7. 06. 2013 Zeit um auf die geforderten 3000 Unterschriften zu kommen. So wie beim Thema Bürgerbegehren sind wir auch bei den übrigen Themen noch lange nicht am Ende. Mit dem Durchboxen der geänderten AöR Satzung und einer Einwohnerfragestunde, die den Namen nicht verdient, wird es nicht getan sein. Diese absonderliche Konstruktion wurde ja von unserem Oberbürgermeister in Absprache mit der Kommunalaufsichtsbehörde unter Mithilfe/Beauftragung seines Rechtsamtes ganz plötzlich aus dem Hut gezaubert. Nach einem halben Jahr (seit AöR Umwandlung) stellt man fest, weil die Satzungshoheit beim Stadtrat liegt, dürfen Vorberatungen bzw. Themeninhalte zu Satzungen nur im Finanzausschuss behandelt werden. Damit hat man nicht nur eine Bürgerbeteiligung ausgeschlossen, sondern auch AöR Verwaltungsräte zu bedeutungslosen Statisten degradiert. Der Wunsch vieler Bürger nach Transparenz und ein gesetzlich mögliches Mindestmaß an Mitarbeit und Gestaltungsmöglichkeit für eine neue HKB Satzung wurde auf diese Weise bewusst hintertrieben. **Eine Schande für alle politisch Verantwortlichen im Lande, vom BLK - Landrat bis zum Innenminister Stahlknecht, sich auf diese Art und Weise benutzen zu lassen.**

Zunehmend, d. h. mit tieferem Eindringen in die Materie zum Beitragsrecht, ist allen klar, dass die 1. Satzung nicht nur gravierende Fehler aufweist (Originalton OBM), sondern bewusst gesetzliche Bestimmungen missachtet und zum Nachteil der Bürger zurechtgebogen wurden, von den vielen Form- und Rechenfehlern ganz abgesehen. Dies ist bzw. war in den Augen vieler Bürger schon kriminell zu bezeichnen und gerade solche Vorgänge sollen sich in Weißenfels nicht wiederholen. Was wir jetzt alle erleben müssen ist, dass genau wie zu ZAW Zeiten ein exklusiver Kreis (oberste Verwaltungsebene und externe Berater), die Wünsche erfüllen werden, die an sie herangetragen werden. Dafür werden sie ja schließlich bezahlt. Genau hier setzen die BI und auch einige

Stadträte/Fraktionen an. Es geht darum, bereits Anfängen von solchen Auswüchsen zu verhindern.

Keine Alleinherrschaft, kein Geheimkabinett und keine undurchsichtige Machtstruktur sollten jemals wieder in der Lage sein, Bürger und Stadträte so hinters Licht zu führen, wie dem ZAW.

Wie soll Transparenz und Bürgerbeteiligung im Stadtrat aussehen. Bürger erhalten keine Sitzungsvorlagen, werden im Vorfeld von allen Informationen ausgeschlossen oder erhalten sie nur gefiltert. Wie kann man da gezielte Fragen stellen, Bedenken anmelden, alternative Vorschläge unterbreiten und vieles mehr. Bürgerfragestunden finden bekanntlich vor Beginn der eigentlichen Behandlung von Tagesordnungspunkten statt, danach besteht Redeverbot und im nächsten Stadtrat ist dann was anderes dran. Es wird Tür und Tor für Manipulationen geöffnet und jede nicht in den Kram passende Bürgerbeteiligung verhindert. Die Behandlung von fachlichen und rechtlichen Fragen und Antworten am Runden Tisch und in den AöR Fragestunden erlauben es den Bürgern sich umfassend zu informieren und die Bürgerbeteiligung im zustehenden Rahmen auszuüben. Dass der Satzungsbeschluss im Stadtrat erfolgt ist davon völlig unabhängig und in den Augen der Bürger auch gerechtfertigt. Wenn in der MZ geschrieben wird, wer A sagt muss auch B sagen, das heißt den vorgeschlagenen Weg gutheißen, der sollte erst über solche Wirkungsmechanismen nachdenken. **Was im letzten Stadtrat auf Wunsch des Verwaltungschefs geschehen ist, stellt eine Verhöhnung der gesamten Weißenfeler Bürgerschaft dar.** Es werden gesetzliche Vorgaben (Gemeindeordnung) so lange hin und her gebogen, bis man die passende Auslegung gefunden hat um seine bürgerfeindliche Politik nur gut genug vorm Licht der Öffentlichkeit verstecken zu können. Wo ein Wille ist, da gibt es auch einen Weg, auch im Vollzug des Satzungsrechts. Auch wenn die Ausführungen des Rechtsamtes formell richtig sein sollt, davon ist bei Herr Otto auszugehen, gibt es sicher alternative Lösungen, sofern Transparenz überhaupt gewollt ist. Bei der jetzigen Einschränkung der Befugnisse von AöR Verwaltungsräten, verkommen Sitzungen zu Kaffeekränzchen. Das kann es nicht sein. Die Behandlung von Satzungsfragen in der AöR ist kein Kompetenzentzug des Stadtrates sondern ein wichtiger Schritt in Richtung Transparenz, um statt einer Konfrontation zu einer Mitnahme der Bürger zu kommen. Die jetzige Satzungsänderung bedeutet ohne Not und Grund den Bürgern den Fehdehandschuh vor die Füße zu werfen, gewissermaßen eine Kriegserklärung in Richtung seiner gesamten Einwohnerschaft. In Erinnerung ist der §1 der GO zu rufen, das die Arbeit der Räte und Verwaltung zum Wohle der Bürger zu erfolgen hat. Diesen Paragraphen scheint das WSF`er Stadtoberhaupt nicht zu kennen. Wenn es mit der Lösung der Abwasserfragen in WSF weitergehen soll, dann nur mit Offenheit und gegenseitigen Vertrauen. Ansonsten gilt das Wort von Bertolt Brecht, es ist einfacher die Regierung wählt sich ein neues Volk, hier der OBM sucht sich eine neue Stadt.

Vor 14 Tagen ist das neue Kommunalverfassungsgesetz vom Kabinett in Magdeburg gebilligt wurden und zur Anhörung rausgegangen. Inhalt ist die deutliche Stärkung der bürgerschaftlichen Teilhabe. Drehen sich die Uhren in WSF rückwärts? Wie passt dies zur Zusage nach Transparenz durch den OB im Amtsblatt vom April?

Deutlich wird nur eins, die unverfrorene Scheinheiligkeit, mit der hier in Weißenfels Politik gemacht wird. Eine Schande für unsere Stadt und unser Land. Gott sei Dank sind Medien bereits auf die unhaltbaren Zustände in dieser Stadt aufmerksam geworden. Nach dem MDR Beitrag zur sinnlosen Geldverschwendung für das E Werk soll auch wieder zu Thema Abwasser berichtet werden, so die Zusage aus den Redaktionsstuben.

Wenn man sich das Geschehen im letzten Stadtrat noch mal in Erinnerung ruft, so ist totales Desinteresse am Thema Abwasser und an einer möglichen sozial gerechten Beitragsgestaltung beim Abwasser festzustellen. Dies trifft insbesondere auf die marktradikalen Linken, die Freiwaldtruppe zu und auf SPD/FDP. Einzig das Wahlbündnis, Bürger für Weißenfels mit ihrer starken Vertretung aus den Ortsteilen zeigt Verständnis für unser Anliegen. Mehr aus wahltaktischen Gründen scheint sich der Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtrat mit dem Thema zu beschäftigen. Er zeigte sich im MZ Interview genauso skeptisch wie wir Bürger, was die künftige Arbeit des AöR Verwaltungsrates betrifft. Hier zeigt sich ein vom OBM gewünschter Ablauf (sanktioniert von Kommunalaufsicht und Rechtsamt), der wie folgt aussieht:

Der OBM wird im Alleingang mit Hilfe von ihm „ausgewählter“ externer Berater einen Satzungstext, ähnlich wie das Vorgängermodell, plötzlich aus dem Hut hervorzaubern. Leitlinien und Vorgaben aus Diskussionen mit seinen Räten braucht er bei Satzungsentwürfen nicht zu beachten. Grundsätzliche Entscheidungen darüber sind ja im AöR Verwaltungsrat untersagt. Das die neue AöR Geschäftsführung auch ein Wörtchen mitzureden haben wird, ist bei diesem Bürgermeister kaum glaubhaft zu vermitteln. Damit sollten wir Bürger auch keine Erwartungen auf die Wahrung von Bürgerinteressen und eine entsprechende Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten bezüglich neuer HKB Satzung haben. Eine entsprechende Frage, ob für die neue HKB Satzung wiederum die in Weißenfels berüchtigte Fa. Kommunalservice Hannover und das RA Büro Porschwitz aus Chemnitz zum Zuge kommen (oder bereits den Auftrag erhalten haben) wurde der BI bis heute nicht beantwortet. Herr Risch wird also weiterhin auf das aus seiner Sicht bewährte Prinzip des Alleinganges setzen, um seine Lobbyarbeit zum Erfolg führen zu können. Das Desinteresse vieler Stadträte am politischen Geschehen in Weißenfels kommt ihm daher sehr gelegen. In wie weit ein Runder Tisch zu Offenheit und Transparenz beitragen kann wird sich am 12. 06. 2013 zeigen. Noch steht die Beantwortung vieler in Stadtrat und AöR gestellten Fragen aus. Viel Hoffnung besteht nicht, dass dies zum Runden Tisch geschieht. Hier geht es aber im wesentlichen um eine Grundsatzfrage, d. h. nach der Anerkennung des Vorteilsprinzips bei den Herstellungskostenbeiträgen. Nach Schaffung einer Regelung zur angemessenen Beteiligung der Industrie entsprechend ihres zwischen 70% und 90% liegenden Abwasseranteiles. Zu Befürchten ist ein Missbrauch des Runden Tisches seitens des OBM um der Öffentlichkeit eine Pseudodemokratie vorzugaukeln. Wir können Ihnen hier und heute versichern, dass wir als BI auf jedes noch so kleine Anzeichen reagieren werden, wenn es zu Versuchen kommen sollte uns dafür zu missbrauchen oder uns sonst wie hinters Licht zu führen.

Ihr Vorstand der BI für soziale Abwasserabgaben

Nachtrag:

Die Demo – Pause über die Pfingstfeiertage hatte bei uns als Vorstandsmitglieder bereits Befürchtungen geweckt, die erforderliche Stimmenanzahl nicht zu erreichen. Dank Ihrer sehr fleißigen Hilfe und dem gestrigen Rücklauf an Unterschriftenlisten haben wir uns unserem Ziel sehr deutlich genähert. Mit gemeinsamer Anstrengung können und werden wir die 3000er Hürde meistern. Dass dies dringend notwendig ist, beweisen Vorgänge der letzten Tage. Eine der größten Unverschämtheiten war die Preisdrückerei bei den Leistungen der Veterinäre des BLK für Fa. Tönnies. Das ausgerechnet in Ostdeutschland das Lohnniveau höher als in den westlichen Ländern sein soll, ist kaum glaubhaft. Die 250.000 €, die dem Landkreis nun fehlen, werden auch Weißenfels erreichen. Dies passt zu

vielfältigen Informationen zu den Machenschaften der großen Schlachtbetriebe in Deutschland. Sklaverei und Lohndumping herrscht, so die Meinungen von Regierungen und Wirtschaftsverbänden des europäischen Auslandes, in den deutschen Schlachtfabriken. Warum soll dies in Weißenfels anders sein, bei einem Ausländeranteil zwischen 80% und 90%. Diese Vorgänge zu vertuschen, eventuell sogar noch tätige Mithilfe zu leisten bedeutet sich mitschuldig am Leid unserer europäischen Mitbürger zu machen. Hier ist Transparenz und Unduldsamkeit angesagt. Aussagen der Linken in Weißenfels (Freiwald) auf Fragen zu solchen Vorgängen auch in Weißenfels, geht uns nichts an, fragt das Finanzamt, finden daher zu recht die Verachtung der Bürger. Auch ein weitere, am Montag in der MZ veröffentlichte Info, passt dazu. Auf „Wunsch“ der Stadtverwaltung sollen Messungen zu Geruchsemissionen der großen LM Betriebe stattfinden, obwohl es eigentlich nur um Tönnies und seine Betriebsausweitung geht. Entsprechend sieht auch der nach Meinung von vielen betroffenen Bürgern manipulierte Messauftrag aus. Statt den Bereich um Tönnies unter die Lupe zu nehmen, unter Beachtung des in Windrichtung liegenden OT Burgwerben, wird der Schwerpunkt auf eine weitestgehend geruchsfreie Zone gelegt. Dazu kommt, dass mit Beauftragung eines Gutachterbüros aus Hannover wieder eine „Hannoverconnection“ in Weißenfels bei einem kritischen Thema zum Zuge kommt, wie schon mit Fa. Aquaconsult und Kommunal Services beim Abwasser. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Wir als BI haben bereits vor ca. 4 Wochen die Anwohner der Neustadt und des OT Burgwerben darauf hingewiesen, sich mit eigenen Messprotokollen zu beteiligen. Verhindern Sie den Versuch der Verwaltung Sie über die wahren Verhältnisse zu täuschen. Amtliche Vordrucke können zu den Montagsdemos bezogen werden bzw. sie sind hier in den WSFèr Seiten abrufbar.

In erster Linie gilt es aber erstmal eines zu verhindern:

„Freie Fahrt für noch mehr Schweine, nicht mit uns!“

Genau dies würde mit dem Bau der neuen Rampenanbindungen der Fall sein und viel weitere Probleme für diese Stadt mit sich bringen. Stoppen wir also gemeinsam das für Weißenfels so schädliche Vorhaben.